

+++ Preisexplosion +++ Sozialabbau +++ Rentenklau +++

Es reicht!

**Das Leben
bezahlbar machen.**

12. September

Aktionstag

gegen den

Sozialkahlschlag

Die Linke

Heddernheim
Niederursel

Hier erfährst
du, wo es Aktionen
in deiner Nähe gibt



Der größte Sozialraub seit Jahrzehnten

Wer in Frankfurt eine Wohnung sucht, muss einen immer höheren Teil des Einkommens für die Miete einplanen. Seit 2016 sind die Angebotsmieten im Schnitt um fast die Hälfte gestiegen (47 Prozent), die Bruttoarbeitslöhne und Gehälter dagegen nur um rund 30 Prozent. Wie wenig davon netto übrig geblieben ist, weiß jeder beim Blick in das eigene Portemonnaie.

Die Bundesregierung setzt jetzt noch eins drauf, mit einem Sozialkahl Schlag, der die Agenda 2010 weit übertrifft:

Wohngeld: komplett gestrichen für ein Drittel der bisher berechtigten Haushalte

Gesundheitsreform: höhere Zuzahlung für schlechtere Leistungen, weil Kliniken und Ärzte weniger Geld bekommen. Attest ab dem ersten Krankheitstag, keine telefonische Krankschreibung mehr usw.

Rentenreform: höhere Beiträge, die direkt in den Kapitalmarkt umgeleitet werden – das Verlustrisiko tragen die Versicherten. Wegfall der „Rente mit 63“, späterer Renteneintritt, geringere jährliche Rentenerhöhungen usw.

Pflegereform: Verschärfungen bei der Anerkennung der Pflegebedürftigkeit, Wegfall des Pflegegrads 1, Kinder werden verstärkt bei den Pflegekosten herangezogen usw.

Elterngeld: nur noch für maximal 12 Monate

Unterhaltsvorschuss: entfällt für das 17. und 18. Lebensjahr des Kindes

Grundsicherung (vormals Bürgergeld): scharfe Sanktionen, wenn jemand ein Arbeitsangebot ablehnt. Anrechnung des eigenen Vermögens ab dem 1. Tag. Wohnkosten werden nur noch teilweise übernommen.

8-Stundentag: Wegfall der Grenze für die tägliche Höchstarbeitszeit, künftig sollen bis zu 13 Stunden täglich möglich sein.

Befristungen von Arbeitsverhältnissen: Künftig kann eine Befristung bis zu 4 Jahre dauern. Das soll insgesamt sechsmal möglich sein.



Jetzt schon vormerken:

**Bundesweiter Aktionstag
am 26. September**

**Großdemo
auch in Frankfurt!**

Können wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten?

Kanzler Merz behauptet das. Es ist falsch: Gemessen an der deutschen Wirtschaftskraft liegen die Sozialausgaben laut Statistischem Bundesamt heute nicht höher als vor zehn Jahren.

Nicht der Sozialstaat sprengt den Haushalt, sondern die Aufrüstungspolitik.

Hunderte von Milliarden an Krediten werden aufgenommen, um unser Land bis 2029 „kriegstüchtig“ zu machen.

Die Kosten dafür tragen wir, die abhängig Beschäftigten, die Kranken und Pflegebedürftigen, die Menschen in Rente und in Ausbildung.

Und je ärmer die Betroffenen sind, desto mehr trifft es sie.

Die Armutsquote ist schon jetzt auf einem Rekordhoch, während die Zahl der Milliardäre jedes Jahr wächst. Die 45 reichsten Einzelhaushalte besitzen so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Die Brutalität und Breite der Angriffe zeigt, dass es mit der bloßen Abwehr einzelner Grausamkeiten nicht mehr getan ist. Darüber hinaus müssen wir eine ganz andere Politik durchsetzen.

Wir brauchen eine Regierung, die nicht auf unsere Kosten die Taschen der Reichen füllt und einen Krieg vorbereitet, statt ihn zu vermeiden.

Wir lassen uns nicht mutlos machen, der Widerstand formiert sich bereits: von Gewerkschaften, Organisationen und betroffenen Gruppen bis hin zur Partei Die

Linke. Ein breites Bündnis „Wir sind Unkürzbar – Rhein-Main“ hat sich gebildet, das den Protest sichtbar machen will.

In vielfältigen Aktionen werden wir in diesem Herbst den Druck einer **Bewegung für einen Politikwechsel** entfalten.

Sei dabei!

**Mit dem Bündnis „Unkürzbar“
am 12. September 2026 auf die Straße
gegen Sozialabbau und Bildungsklaus!**

Dafür steht Die Linke:

- ▶ Keine Verschwendung von Steuermilliarden für die Aufrüstung. Wir brauchen das Geld für Krankenhäuser, Kitas und stabile Renten.
- ▶ Sozialstaatliche Reformen müssen unser Leben verbessern – nicht unsere Ansprüche verkleinern. Gesundheit, Pflege, Teilhabe und soziale Sicherheit im Alter sind keine Gefälligkeiten des Staates, sondern gesellschaftliche Errungenschaften.
- ▶ Zu den staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge gehören ein bundesweiter Mietendeckel und eine Grundsicherung, die nicht unter das Existenzminimum gekürzt werden darf. Der Staat muss für Lebens- und Arbeitsbedingungen sorgen, die allen Bürger:innen eine gesunde Ernährung, gesellschaftliche Teilhabe und – gerade auch für Frauen – die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit ermöglichen.
- ▶ Die Sozialversicherungssysteme müssen solidarisch finanziert werden durch Beiträge auf *alle* Einkommensarten, einschließlich Kapitalerträge.
- ▶ Arbeit darf nicht krank machen. Die tägliche Höchstarbeitszeitgrenze von 8 Stunden muss erhalten bleiben.
- ▶ Spaltungsversuchen zwischen Leistungsbeziehern und denen, die sie finanzieren sollen, treten wir entgegen. Sie machen nur die AfD stärker. Die Trennlinie verläuft zwischen Unten und Oben – zwischen denen, die die Profite erwirtschaften, und denen, die dadurch nur noch reicher werden.
- ▶ Wir fordern deshalb die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer und eine Steuer auf große Erbschaften. Omas Häuschen bleibt unangetastet.

Die Linke

DIE LINKE Heddernheim Niederursel
Erika Heinzmann | Holzgraben 5 | 60313 Frankfurt
heddernheim-niederursel@die-linke-frankfurt.de
www.die-linke-heddernheim-niederursel.de

Heddernheim
Niederursel